

Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“

Übersicht: Voranmeldungen der Themen für die Sitzung am 13.01.2017 (Staatsziele, Präambel, Übergangsbestimmungen (Art. 151 – 161), ggf. Identifikation unstreitig zu streichender Bestimmungen)

	angemeldet von
Präambel - Die Präambel wird wie folgt formuliert: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, in dem Willen, Würde, Leben und Freiheit des Einzelnen zu achten, den Wohlstand der Menschen zu fördern, das Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen, den Frieden zu sichern, den Rechtsstaat zu erhalten und als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland einem vereinten Europa und der Welt zu dienen, hat sich Hessen, eingedenk seiner Geschichte und christlich-humanistischen Tradition, ausgehend von den leidvollen Erfahrungen totalitärer Gewaltherrschaft und in der Überzeugung, dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, diese Verfassung gegeben.“	CDU-Fraktion
Präambel – Überarbeitung	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Präambel – Deutliche Erweiterung – Bekenntnis eines Bewusstseins der Verantwortung vor Gott und den Menschen, Achtung von Würde, Leben und Freiheit des Einzelnen, Gemeinschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Friedenssicherung, Rechtsstaatlichkeit und die Integration in die Bundesrepublik Deutschland und Europa. Anknüpfung an christlich-humanistische Tradition und Erinnerung an	Kommissariat der Katholischen Bischöfe im Lande Hessen

<p>nationalsozialistische Gewaltherrschaft, um daraus ein Bekenntnis zum demokratischen Gemeinwesen abzuleiten.</p>	
<p>Präambel – Es könnte sich anbieten für den Fall der Beibehaltung der historischen Staatszielbestimmungen mit einer längeren Präambel die Brücke zur Gegenwart zu schlagen und dabei an die historischen Bedeutungen der Verfassungsregelungen anzuknüpfen.</p> <p>Hilfsweise werden folgende Staatszielbestimmungen vorgeschlagen:</p> <p>„Dem Staat obliegt die Verantwortung der Schaffung und Aufrechterhaltung einer Ordnung der Wirtschaft, die grundsätzlich auf die Eigenverantwortung des Einzelnen vertraut, die Bürgern und Unternehmern innerhalb staatlich gesetzter sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen ein Höchstmaß an Handlungsfreiheit gewährt, die wo immer möglich Wettbewerb auf Märkten sichert und so Innovationen, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung sowie ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe befördert.“</p> <p>„Land und Kommunen müssen jedes Jahr den Wert ihres Vermögens bilanziell mindestens erhalten.“</p>	<p>Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände</p>
<p>Präambel – Ergänzung um Gottesbezug in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz (das deutsche Volk hat sich das Grundgesetz gegeben „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“).</p>	<p>Beauftragter der Evangelischen Kirchen in Hessen</p>
<p>Staatsziel Ehrenamt</p>	<p>CDU-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Sozialverband VdK Hessen-Thüringen</p>

<p>Staatsziel Ehrenamt - Neuer Satz 1 in Art. 25, Einfügung des Wortes „öffentliche“ in Satz 2: „1Das Land würdigt und fördert die Übernahme eines Ehrenamts. 2Jedermann hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht, öffentliche ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen, und persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu leisten. Steht er in einem Dienstverhältnis, so ist ihm die erforderliche freie Zeit zu gewähren. Näheres bestimmt das Gesetz.“</p>	<p>SPD-Fraktion</p>
<p>Staatsziel Kultur</p>	<p>CDU-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Hessen e.V.</p>
<p>Staatsziel Kultur - Ergänzung des Artikel 62 um neuen Absatz 1: „(1) Das Land schützt und fördert die Kultur.“</p>	<p>SPD-Fraktion</p>
<p>Staatsziel Inklusion - neuer Artikel 1b: „Das Land setzt sich für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein.“</p>	<p>SPD-Fraktion</p>
<p>Staatsziel Tierschutz – neuer Artikel 26a: „(1) 1Die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und die Tiere stehen unter dem Schutz des Staates und der Gemeinden. 2Ein hohes Umweltschutz- und Verbraucherschutzniveau sowie eine Verbesserung der Umweltqualität sind nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sicherzustellen.“</p>	<p>SPD-Fraktion</p>

<p>(2) 1Tiere und Pflanzen sind als Lebewesen zu achten. 2Ihr artgerechter Lebensraum und ihre Artenvielfalt sind zu erhalten und zu schützen. (3) 1Naturschutz- und tierschutzrechtliche Verbandsklagen werden gewährleistet. 2Anerkannte naturschutz- und tierschutzrechtliche Verbände haben das Recht auf Beteiligung an Verwaltungsverfahren, die ihre Angelegenheiten betreffen. 3Das Nähere regelt ein Gesetz.“</p>	
<p>Staatsziel Bezahlbares Wohnen – neuer Artikel 27a: „(1) 1Es ist ständige Aufgabe des Landes, jedermann den Bezug einer angemessenen Wohnung zu sozial tragbaren Bedingungen zu ermöglichen. 2Zur Verwirklichung dieses Staatsziels fördert das Land sozialen und ökologischen Wohnungsbau und die Wohnungserhaltung. (2) 1Das Land sorgt für Mieterschutz und wirkt auf angemessene Mieten hin. 2Es sichert den Zugang zu Wasser und Energie.“</p>	SPD-Fraktion
<p>Staatsziel Bezahlbares Wohnen für Alle – neuer Artikel 27a</p>	Deutscher Mieterbund – Landesverband Hessen e.V.
<p>Staatsziel Integration</p>	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
<p>Staatsziel Infrastruktur – neuer Absatz 2 in Artikel 26a: „ (2) Der Staat fördert die Verkehrsnetze, die Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen sowie die digitalen Infrastrukturen.“</p>	FDP-Fraktion
<p>Definition des Staatszielbegriffs – neuen Artikel 26b einfügen: “Staatsziele verpflichten den Staat zur fortlaufenden Beachtung und nachhaltigen Optimierung.“</p>	FDP-Fraktion

Art. 151 – streichen	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; FDP-Fraktion
Art. 152 – streichen	CDU-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; FDP-Fraktion
Art. 153 - Absatz 1 streichen	CDU-Fraktion
Art. 153 – streichen	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Art. 153 – Neufassung: „Das Recht der deutschen Republik bricht Landesrecht“	FDP-Fraktion
Art. 154 – streichen	FDP-Fraktion
Art. 156 – streichen	CDU-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; FDP-Fraktion
Art. 157 – streichen	CDU-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; FDP-Fraktion
Art. 158 – streichen	CDU-Fraktion

Art. 159 – streichen	CDU-Fraktion; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; FDP-Fraktion
---------------------------------	--